

Appell für ein verlässliches Pensionssystem für alle Generationen

Offener Brief junger Mandatarinnen und Mandatare zum Tag der Jugend

Wien, 12. August 2026

Sehr geehrte Mitglieder der Bundesregierung,
sehr geehrte Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger in den Parteien,

wir wenden uns als junge gewählte Mandatarinnen und Mandatare aus unterschiedlichen politischen Ebenen an Sie. **Wir alle sind unter 30 Jahre alt, einige von uns gehören zu den jüngsten Abgeordneten in ihren jeweiligen Parlamenten.** Wir tragen heute politische Verantwortung. Gleichzeitig gehören wir zu jener Generation, die noch jahrzehntelang in das österreichische Pensionssystem einzahlen wird.

Generationengerechtigkeit bedeutet, die Pensionen der heutigen Generation abzusichern und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass sich auch junge Menschen noch auf eine verlässliche Pension verlassen können. Beides darf nicht gegeneinander ausgespielt werden. Dass viele junge Menschen Zweifel daran haben, ob das heutige Pensionssystem ihnen im Alter noch dieselbe Sicherheit bieten kann, ist nachvollziehbar und muss politisch ernst genommen werden.

Mit den bisherigen Reformschritten, wie etwa den Änderungen bei der Korridorpension oder der Einführung des Nachhaltigkeitsmechanismus, wurden erste Maßnahmen gesetzt. Diese Schritte dürfen jedoch nicht das Ende der notwendigen Veränderungen sein. Die Zahlen zeigen klar – zuletzt auch Berechnungen des Budgetdienstes –, dass weiterer Handlungsbedarf besteht, um das österreichische Pensionssystem langfristig abzusichern.

Wir appellieren daher an alle politischen Parteien, einen österreichweiten, parteiübergreifenden und gesellschaftlich breit getragenen Konsens über die Weiterentwicklung unseres Pensionssystems anzustreben. Die langfristige Absicherung der Pensionen ist keine Frage einer einzelnen Partei oder einer einzelnen Legislaturperiode. Sie ist eine gemeinsame Aufgabe, die über Wahltermine und Parteigrenzen hinausreicht. Auch in anderen europäischen Ländern ist es gelungen, bei zentralen Fragen der Alterssicherung langfristige und breit getragene Lösungen zu finden.

Wir fordern daher alle Parteien auf, sich konstruktiv an diesem Prozess zu beteiligen. Zugleich appellieren wir an die Regierungsfractionen, weitere Reformschritte noch in dieser Legislaturperiode nicht auszuschließen, sondern notwendige Veränderungen rasch, transparent und ergebnisoffen im Sinne zukünftiger Generationen anzugehen.

Dabei müssen insbesondere folgende Fragen beantwortet werden:

- Wie können Beitragsjahre, Lebensarbeitszeit und die steigende Lebenserwartung fair berücksichtigt werden?
- Wie können die zweite und dritte Säule der Altersvorsorge sinnvoll gestärkt und weiterentwickelt werden?

Diese Fragen sind nicht angenehm. Aber politische Verantwortung bedeutet, notwendige Debatten nicht aus Angst vor Gegenwind zu vermeiden. Wir jungen Mandatarinnen und Mandatare sind bereit, Verantwortung zu übernehmen und notwendige Entscheidungen mitzutragen.

Dabei geht es nicht um Jung gegen Alt. Es geht darum, das Versprechen des Generationenvertrags auch für die kommenden Generationen einzulösen. Wir wollen ein Pensionssystem, auf das sich die Menschen verlassen können und das auch in 15, 20 und 25 Jahren finanzierbar ist.

Am Tag der Jugend und darüber hinaus braucht es deshalb keine weiteren Sonntagsreden. Es braucht den politischen Mut, heute jene Schritte vorzubereiten, die morgen die Sicherheit aller Generationen gewährleisten.

Generationengerechtigkeit beginnt dort, wo politisches Aufschieben endet.

Ein verlässlicher Generationenvertrag braucht heute den Mut zu notwendigen Entscheidungen.

Mit freundlichen Grüßen

Sophie Wotschke
Abgeordnete zum Nationalrat

Fabienne Lackner
Abgeordnete zum Vorarlberger Landtag

Susanna Riedlsperger
Abgeordnete zum Tiroler Landtag

Christoph Müller
Abgeordneter zum Niederösterreichischen Landtag